



## Protokoll der 18. Sitzung des Einwohnerrates

vom 21. April 2010, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 38 Mitglieder

**Entschuldigt:** Corinne Ruesch, Matthias Zimmermann

Traktanden	Laufnummer
1. Dringliche Interpellation von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion betreffend „Rücktritt des Stadtverwalters, Personalsituation“ ://: <i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2010/108
2. Dringliche Interpellation von Pascal Porchet der FDP-Fraktion betreffend „Vandalenakt im Kindergarten Schwieri I / II“ ://: <i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2010/109
3. Dringliches Postulat von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend „Fussgängerverkehr auf der Gartenstrasse“ ://: <i>Überweisung von Postulat an Stadtrat.</i>	2010/110
4. Ersatzwahlen Ratsbüro und BPK ://: <i>Wahl von Thomas Eugster (FDP) als Ratsbüro-Ersatzmitglied und als ordentliches Mitglied der Bau- und Planungskommission.</i>	2010/104
5. Postulat von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend „Altstadtliegenschaften sanieren: Information, Beratung, Sensibilisierung und Begleitung der Liegenschaftsbesitzer“ ://: <i>Das Postulat wird nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>	2010/89
6. Antwort Stadtrat zur Interpellation von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend „Abgeltungen an die Bürgergemeinde“ ://: <i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2010/95
7. Antwort Stadtrat zur Interpellation von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend „Standortförderung“ ://: <i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2010/96
8. Motion von Paul Pfaff namens der SVP-Fraktion betreffend „Umsetzung Fahrverbot Rathausstrasse“ ://: <i>Der in ein Postulat umgewandelte Vorstoss wird mit inhaltlichen Anpassungen des letzten Satzes an den Stadtrat überwiesen.</i>	2010/100
9. Antwort Stadtrat zu Interpellation von Peter Furrer namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „Rodungsaktion an Ergolz und Frenke“ ://: <i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2010/101

- |     |  |          |
|-----|--|----------|
| 10. | Verfahrenspostulat von Regula Nebiker namens der SP-Fraktion betreffend „Verbesserung der Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Einwohnerrat“<br>://: <i>vertagt</i> | 2010/102 |
| 11. | Fragestunde  | -        |

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste zur heutigen Einwohnerratssitzung und heisst speziell Herrn Thomas Eugster (FDP) als neues Einwohnerratmitglied willkommen. Dieser wird dem Rat kurz vorgestellt und dem neuen Ratsmitglied viel Befriedigung im neuen Amt gewünscht.

### **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 17. März 2010**

Das Ratsbüro hat das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung an seiner Sitzung vom 15.04.2010 mit folgender Änderung genehmigt:

#### Trakt. 140 – Politische Partizipation Migranten

*Votum Walter Leimgruber (SP), Seite 397:*

*7. Zeile: ... keine Migrationsgruppen existieren. Die Migrantinnen und Migranten sind regional und überregional organisiert. Deshalb war keine kommunale Dachorganisation zu organisieren. Wichtige Arbeit wird auch ....*

*15. Zeile: ... anders definiert würden. Er regt an, dass die einwohnerrätliche Kommission ...*

Das rektifizierte Protokoll ist im Internet eingestellt.

### **Mitteilungen des Ratsbüros**

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 15. April 2010:

- Die Ratsmitglieder werden gebeten, den Rückmeldetalon betreffend des diesjährigen Einwohnerratsausflugs vom 29. Mai 2010 bis nach der Pause der heutigen Sitzung dem organisierenden Büromitglied Markus Meyer oder Ratsschreiber Marcel Jermann abzugeben.
- Das Amtsjahr-Schlussessen findet nach der ER-Sitzung vom 23.06.2010 im Rest. Sichertenhof statt. Die Einladung wird mit dem Versand für die nächste Ratssitzung vom 26.05.2010 verschickt.
- Der Amtsbericht 2009 (Nr. 2010/102) wurde vom Büro der GPK zur Vorberatung überwiesen.
- Das revidierte neue ER-Geschäftsreglement ist vom Büro verabschiedet und der GOR zur Vorberatung sowie dem Rechtskonsulenten zur Vorprüfung überwiesen worden. Die synoptische Darstellung sowie der Reglementsentwurf vom 15.04.2010 sind den Einwohnerrats- und Stadtratsmitgliedern an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt worden.
- Grossmehrheitlich hat sich das Büro dafür ausgesprochen, dass die interfraktionelle einwohnerrätliche Integrationsgruppe beibehalten werden soll. Die Fraktionen wollen bis Ende Mai 2010 dem Ratssekretariat je 1 Delegierte/n melden.
- Das Büro trifft sich während der Pause der heutigen Sitzung zu einer kurzen Ratsbüro-Sondersitzung, in welcher das BPK-Vizepräsidium neu zu wählen ist.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Vorlage Nr. 2010/104 „Ersatzwahlen Ratsbüro und BPK“
- Vorlagen Nr. 2010/107 – Nr. 2010/111 (neue parlamentarische Vorstösse)
- Geschäftsreglement für den Einwohnerrat: Reglementsentwurf vom 15.04.2010 sowie synoptische Darstellung vom 15.04.2010
- Einladung zu „Weltküche“-Anlass vom 08.05.2010

### **Mitteilungen des Stadtrates**

Stadtrat Peter Rohrbach informiert als Finanzchef über den Abschluss der Rechnung 2009: Die Rechnung 2009 ist vom Stadtrat an seiner gestrigen Sitzung verabschiedet worden und deshalb könne er heute kurz über die wichtigsten Eckwerte orientieren. Das Eigenkapital der Laufenden Rechnung hat um 2,375 Mio. Franken zugenommen und die Selbstfinanzierung beträgt 5,568 Mio. Franken. Der Finanzierungsüberschuss der Investitionsrechnung der Einwohnerkasse beläuft sich auf 4,059 Mio. Franken. Der Finanzierungsüberschuss ist grösser als der veranschlagte Überschuss von 1,538 Mio. Franken, was vor allem auf Steuereinbuchungen aus den Jahren 2007 und 2008 zurückzuführen ist. Die Mittelwerte der letzten 5 Jahre betragen bei der Selbstfinanzierung 5,060 Mio., bei den Nettoinvestitionen 2,534 Mio. und beim Finanzierungssaldo 3,261 Mio. Franken. Die Rechnung 2009 wird dem Einwohnerrat am 30. April 2010 zugestellt. Der Finanzierungsüberschuss bei der Wasserversorgung beläuft sich auf 0,474 Mio. Franken, derjenige der Abwasserbeseitigung auf 0,189 Mio. Franken und derjenige bei der Abfallbeseitigung auf 0,2 Mio. Franken.

Gemäss Voranzeige an der letzten Ratssitzung kann betreffend des Voranschlags 2010 auch über die Umsetzung der vom Einwohnerrat beschlossenen Anträge beziehungsweise Kürzungen informiert werden. Beim Sachaufwand (31) sind Kürzungen in der Höhe von rund 0,139 Mio. Franken vorgenommen worden, was vor allem mit dem Verzicht auf die Ersatzbeschaffung eines Radargerätes mit Anzeigetafel möglich ist. Beim Personalaufwand (30) sind die Einsparungen von 0,175 Mio. mit der Kürzung und dem Verzicht bei den Weiterbildungen, einer Lehrstelle sowie einer Volontariatsstelle möglich.

### **Stimmzähler/innen**

Gemäss Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen für die heutige Sitzung bestimmt:

- |                   |                    |
|-------------------|--------------------|
| - Raissa Bonjour  | 1: Seite FDP       |
| - Philipp Senn    | 2: Mitte           |
| - Vreni Wunderlin | 3: Seite SP, Grüne |
| - Markus Meyer    | 4: Büro            |

**Neue persönliche Vorstösse:**

- Postulat „Öffentliche Stromversorgung Liestal mit 100% erneuerbarer Energie“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion (Nr. 2010/107)
- Dringliche Interpellation „Rücktritt des Stadtverwalters, Personalsituation“ von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion (Nr. 2010/108)
- Dringliche Interpellation „Vandalenakt im Kindergarten Schwieri I/II“ von Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2010/109)
- Dringliches Postulat „Fussgängerkehr auf der Gartenstrasse“ von Michael Bischof der FDP-Fraktion (Nr. 2010/110)
- Motion „provisorische Nutzung aller technisch möglichen Flächen im Zentrum als Parkplätze während der Bauzeit des neuen Parkhauses Manor“ von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion, Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2010/111)

## Traktandenliste

Die Ratsmitglieder werden vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, dass die drei dringlichen Vorstösse in der Reihenfolge der Nummerierung behandelt werden:

- Dringliche Interpellation „Rücktritt des Stadtverwalters, Personalsituation“ von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion (Nr. 2010/108)
- Dringliche Interpellation „Vandalenakt im Kindergarten Schwieri I/II“ von Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2010/109)
- Dringliches Postulat „Fussgängerverkehr auf der Gartenstrasse“ von Michael Bischof der FDP-Fraktion (Nr. 2010/110)

Für eine sofortige Behandlung von dringlichen Vorstössen bedarf es einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Einwohnerratsmitglieder.

- ***Dringliche Interpellation „Rücktritt des Stadtverwalters, Personalsituation“ von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion (Nr. 2010/108)***

Walter Leimgruber (SP) begründet die Dringlichkeit seines Vorstosses damit, dass der Rücktritt des Stadtverwalters überraschend und plötzlich gekommen ist. Bereits ab 31. Mai 2010 ist das Büro von Herrn Rudin leer und betreffend der Überbrückung der vakanten Stelle möchte man gerne ein paar Fragen beantwortet haben.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass sich der Stadtrat dazu nicht äussern möchte und betreffend der Dringlichkeit des Vorstosses keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Einstimmig bei 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2010/108 erklärt.

- ***Dringliche Interpellation „Vandalenakt im Kindergarten Schwieri I/II“ von Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2010/109)***

Pascal Porchet (FDP) begründet die Dringlichkeit seines Vorstosses damit, dass die Situation betreffend der Vandalenakte beim Kindergarten Schwieri besorgniserregend sei. Zu einigen Fragen möchte man vertiefere Auskünfte haben, weshalb man diese auch nicht für die heutige Fragestunde eingereicht habe. Viele Einwohner, Anwohner sowie Eltern sind besorgt und möchten Genaueres betreffend den Perspektiven sowie weiteren Vorkehrungen erfahren.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass sich der Stadtrat dazu nicht äussern möchte und betreffend der Dringlichkeit des Vorstosses keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme wird die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2010/109 erklärt.

- **Dringliches Postulat „Fussgängerkehr auf der Gartenstrasse“ von Michael Bischof der FDP-Fraktion (Nr. 2010/110)**

Michael Bischof (FDP) begründet die Dringlichkeit seines Vorstosses damit, dass aktuell von den SBB die Lärmschutzwände entlang der Gartenstrasse erstellt werden. Mit konstruktiven Lösungsansätzen könnten vom Stadtrat noch bauliche Massnahmen betreffend eines besseren Fussgängerverkehrs auf der Gartenstrasse veranlasst beziehungsweise erwirkt werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass vom Stadtrat sowie den Ratsmitgliedern betreffend der Dringlichkeit des Vorstosses keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei einigen Enthaltungen wird die Dringlichkeit des Postulates Nr. 2010/110 erklärt.

- **Verfahrenspostulat von Regula Nebiker namens der SP-Fraktion betreffend „Verbesserung der Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Einwohnerrat“ (Nr. 2010/102)**

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) orientiert, dass von der SVP-Fraktion ein Antrag vorliege, mit welchem die Vertagung des Traktandums beantragt wird. Der Antrag wird verlesen: *Das Verfahrenspostulat „Verbesserung der Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Einwohnerrat“ ist zusammen/gemeinsam mit der Vorlage des Stadtrates betreffend „Stellenplan Stadtverwaltung“ zu behandeln.*

Dieter Epple (SVP) begründet den Antrag damit, dass die „Stellenplan-Vorlage“ vom Stadtrat für die Mai-Sitzung unterbreitet wird. Es macht Sinn, dass beide Vorlagen zusammen bearbeitet würden, damit nicht zwei Kommissionen gleichzeitig in der Verwaltung herumlaufen müssen.

Regula Nebiker (SP) führt als Postulantin aus, dass es sich entweder um ein Missverständnis handelt oder aber effektiv über den Inhalt ihres Vorstosses diskutiert werden müsste. Die beiden Vorlagen sind nicht deckungsgleich. Das Anliegen und die Stossrichtung des Verfahrenspostulates ist es, dass die GPK wieder zur normalen Praxis wie vor ungefähr fünf Jahren zurückkehren sollte, indem die GPK regelmässig von sich aus Dienststellen der Verwaltung besucht.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Abstimmung das einfache Mehr gilt.

://: Mit 8 Ja-Stimmen gegen ein grosses Mehr wird der Antrag der SVP-Fraktion abgelehnt und das Verfahrenspostulat Nr. 2010/102 gemäss Traktandenliste der heutigen Sitzung behandelt.

- **Motion von Paul Pfaff namens der SVP-Fraktion Postulat „Fussgängerkehr auf der Gartenstrasse“ von Michael Bischof der FDP-Fraktion (Nr. 2010/110)**

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass der Vorstoss von Paul Pfaff der SVP-Fraktion von einer Motion in ein Postulat umgewandelt wird.

**154 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**1. Dringliche Interpellation von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion betreffend „Rücktritt des Stadtverwalters, Personalsituation“ (Nr. 2010/108)**

Die dringliche Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*SP-Fraktion  
Walter Leimgruber*

*Liestal, 19.4.2010*

***Dringliche Interpellation  
Rücktritt des Stadtverwalters, Personalsituation***

*Mit einer knappen, 5-zeiligen Information hat der Stadtrat am 31. März 2010 die Öffentlichkeit über die Kündigung des Stadtverwalters Herr Christoph Rudin per 31. Mai 2010 informiert. Das bedeutet, dass die Stelle ab 1. Juni 2010 wieder vakant sein wird, dies wahrscheinlich für einige Monate. Es ist ja nicht anzunehmen, dass sie in kurzer Zeit besetzt werden kann.*

*Stellvertreter des Stadtverwalters ist der Leiter des Stadtbauamtes. Es ist nun zu befürchten, dass durch diese Funktion noch mehr Ressourcen vom Stadtbauamt abgezogen werden, welche dort bekanntlich für die Bewältigung der Vielzahl der Projekte dringend gebraucht werden. Noch mehr Sorgen bereitet, dass durch die Doppelaufgabe der Stelleninhaber und andere Mitarbeitende übermässig belastet werden.*

*Wir bitten den Stadtrat deshalb um Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Wie gedenkt der Stadtrat, die Vakanz des Stadtverwalters zu überbrücken?*
- 2. Wie stellt er sicher, dass übermässige Belastungen des Personals und mögliche Folgen davon wie Qualitätseinbussen der Leistungen, gesundheitliche Probleme oder weitere Mutationen vermieden werden.*
- 3. Wie sieht der Zeitplan für die Wiederbesetzung der Stelle des Stadtverwalters aus?*
- 4. Kann der Stadtrat evtl. (Hinter)gründe nennen – selbstverständlich unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte – die zur Kündigung führten?*

*Im Namen der SP-Fraktion*

*Walter Leimgruber*

\* \* \* \* \*

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt zum Vorstoss und den Fragen des Interpellanten Stellung: Vorausschicken möchte sie, dass die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Stadtverwalter-Rücktritt gemäss Verwaltungs- und Organisationsreglement und weiterer Reglemente Sache des Stadtrates sind. Die Geschäftsleitung wird dabei im Dialog und einer offenen Kommunikation mit einbezogen.

Frage 1: Die Überbrückung der Vakanz wird wie beim letzten Mal organisiert, indem die Stadtpräsidentin und der Vize-Stadtpräsident zusätzliche Aufgaben übernehmen. Für die Überbrückung zeichnet dieses Mal aber nicht der stellvertretende Stadtverwalter, Herr Martin Hofer, aus bekannten Gründen betreffend der grossen Arbeitsüberlastung des Stadtbauamtes, sondern Frau Claudia Christiani verantwortlich.

Frage 2: Der Stadtrat ist sich der Situation bewusst und übernimmt dafür auch klar die Verantwortung, dies in guter Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung.

Frage 3: Die Stellenwiederbesetzung ist von der neuen Person und deren Verfügbarkeit abhängig. Man gehe von einer halbjährigen Vakanz aus.

Frage 4: Im Communiqué wurde eigentlich alles gesagt. Herr Rudin wird sich einer neuen Herausforderung stellen. Das Wohlbefinden ist beiden Seiten wichtig und so gibt es keine Gründe dafür, dass mit einem monatelangen Warten noch eine längere Zeit überbrückt werden soll. Anzumerken ist, dass beispielsweise auch in Reinach, Allschwil und Pratteln in dieser Position häufig das Personal wechselte. Für Liestal ist dies vielleicht etwas neu, weil in Liestal die Stadtverwalter-Stelle auch erst seit rund zehn Jahren existiere.

Walter Leimgruber (SP) ist mit den Antworten zufrieden, wünscht aber die Diskussion. Betreffend der Antwort zur vierten Frage hoffe er doch, dass man sich auch in Liestal nicht an häufige Stellenwechsel gewöhnen müsse. Er gehe davon aus, dass beim Auswahlverfahren ein Zusammenpassen des Anforderungsprofils und auch des Profils der Bewerber geprüft wurde. Er selbst und seine Fraktion möchten sich nicht daran gewöhnen, dass es zum Normalfall wird, dass eine Person schon nach acht Monaten wieder geht. Im Zusammenhang mit der Neuausschreibung der Stelle und Stellenwiederbesetzung sollte man sich deshalb auch genügend Zeit lassen. Die Lösung betreffend der Stadtverwalter-Stellvertretung wird begrüsst, da der Leiter des Stadtbauamtes mit der Stellenvakanz keine zusätzliche Belastung erfährt. In seiner Fraktion habe man sich auch betreffend der Kostenfolgen im Zusammenhang mit dem Wahlverfahren Sorgen gemacht. Dies wäre nun beispielsweise ein Geschäft, bei welchem die GPK von sich aus aktiv werden könnte. Die Aufgaben der GPK sollten sich nicht nur auf die Prüfung des Amtsberichtes beschränken.

Michael Bischof (FDP) meint, trotz durchgeführten Assessments sei jede Neuanstellung bis zu einem gewissen Grad eine Glückssache. Die jetzige Situation sollte deshalb akzeptiert werden. Er wünsche dem Stadtrat, dass dieser den Mut zur Wahl einer starken Persönlichkeit mit einer langen Anstellungsdauer habe. Es ist aber ganz klar, dass die Stellenneubesetzung eine klare Exekutiv-Aufgabe ist. Und so sollte sich weder der Einwohnerrat noch die GPK damit befassen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, mit einer längeren Kündigungsfrist könnte auch die Überbrückung bei Stellenwechseln einfacher werden.

Regula Nebiker (SP) nimmt Bezug auf den Vorschlag von Walter Leimgruber betreffend einem möglichen Aktivwerden der GPK. In ihrer Fraktion werde man den Eindruck nicht ganz los, dass die Stellenwechsel mit strukturellen Problemen zusammenhängen könnten. Vielleicht sollten die Organisations- und Strukturänderungen verbessert oder verändert werden.

Vize-Stadtpräsident Lukas Ott findet es falsch, dass die Strukturen immer anhand von Personen diskutiert werden. Und wenn man schon über die Strukturen redet, sollte man sich bewusst sein, dass Liestal mit einer Verwaltung, einem Stadtrat und einem Einwohnerrat doch über ein determiniertes System verfüge. Und deshalb ist es auch nicht immer einfach, an der Spitze einer Stadtverwaltung zu stehen. Er möchte davor warnen, dass nun wegen des Stadtverwalter-Wechsels wieder die Strukturen diskutiert werden. Natürlich bedauert es auch der Stadtrat, dass es zu einer Vakanz gekommen ist.

Stadtpräsidentin Regula Gysin unterstreicht das Votum des Vizepräsidenten und orientiert, dass der Stadtrat ebenfalls den Weggang des Stadtverwalters bedaure. Es gilt nun vorwärts zu schauen. Herrn Christoph Rudin wird für die Zukunft alles Gute gewünscht.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.*

**155 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Dringliche Interpellation von Pascal Porchet der FDP-Fraktion  
betreffend „Vandalenakt im Kindergarten Schwieri I /II“ (Nr. 2010/109)**

Die dringliche Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Pascal Porchet  
FDP Fraktion*

***Dringliche Interpellation***

***Vandalenakt im Kindergarten Schwieri I / II***

*Seit rund 2 Jahren finden im Kindergarten immer wieder kleinere und mittlere Vandalenakte (Brandlegungen, Zerstörungen) bzw Einbruchversuche statt. Der Kindergarten wird nächtlich „belagert“, so dass beinahe jeden Morgen Scherben verstreut auf dem Areal herumliegen. Der jüngste Einbruch mit grossen Verwüstungen stellt den vorläufigen Kulminationspunkt der Gewaltakte dar. Wir sind besorgt und bitten entsprechend den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:*

- 1. Inwiefern ist der Stadtrat über die Situation im Kindergarten Schwieri orientiert?*
- 2. Welche Massnahmen werden dagegen ergriffen?*
- 3. Inwiefern ist der Stadtrat bereit, regelmässig über die Situation zu berichten?*

*Pascal Porchet*

*19.04.10*

\* \* \* \* \*

Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, für die heutige Fragestunde seien vom Rat weitere Fragen betreffend der Vandalenakte im Schwieri-Kindergarten“ eingegangen. Die Fragen des Interpellanten kann sie wie folgt beantworten.

Frage 1: Der Stadtrat hat Kenntnis von der Situation beim Kindergarten Schwieri. Vor allem wenn es wieder wärmer wird, ist der Kindergarten immer wieder ein beliebter Aufenthaltsort von Jugendlichen. Davon wissen auch die Kantons- und Stadtpolizei sowie die Streetworker, weshalb auch regelmässig Kontrollen gemacht werden. Betreffend des erwähnten Einbruches zeichnet die Kantonspolizei verantwortlich und wegen der laufenden Ermittlungen können auch keine Detailangaben gemacht werden.

Frage 2: Es wurde bereits ein Scheinwerfer zum Ausleuchten des Areals sowie Verbotstafeln betreffend den Aufenthaltszeiten für Nicht-Kindergärtler montiert. Eventuell wird noch eine Videoüberwachungsanlage montiert.

Frage 3: Der Stadtrat kann nur über Allgemeines sowie weitere Präventionsarbeiten berichten.

Pascal Porchet (FDP) befriedigen die Antworten nur teilweise und er wünscht die Diskussion. Der Kindergarten Schwieri wird mit Sorge beobachtet, dies vor allem auch wegen Aussagen von besorgten Eltern und betroffenen Anwohnern der letzten zwei Jahre. Die Kinder sind das schwächste Glied unserer Gesellschaft, weshalb diese auch zu schützen sind. Herumliegende Bierflaschen und Scherben bei einem Kindergartenareal sind sicher der falsche Platz dafür. Unbefriedigend ist die Auskunft, dass man betreffend der weiteren Massnahmen über nichts Genaueres berichten kann, dürfte doch das Aufstellen von Verbotstafeln wenig er-

folgsversprechend sein. Dank einer montierten Überwachungsanlage konnte man die Täter beim Überfall auf den Pronto-Shop beim Bahnhof ermitteln. Erhöhte Kontrollen mit Wegweisungen sind nötig zum Schutz der Kindergarten-Schüler. Auf dem ganzen Areal sollten sich nur Personen aufhalten dürfen, welche für den Kindergartenbetrieb nötig sind. Im Zusammenhang mit dem laufenden Verfahren sollte sich die Kantonspolizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten explizit darum kümmern. Der Stadtrat sollte sein Möglichstes dazu beitragen, dass die sinnlosen Aktivitäten beim Kindergarten Schwieri aufhören.

Ernst Burkhardt (SP) berichtet, auch er habe einige Fragen zu den aktuellen Vorkommnissen für die „Fragestunde“ deponiert: Wie lang musste der Kindergarten geschlossen bleiben und wie hoch ist die Schadenssumme? Das Votum seines Vorredners betreffend eines besseren Schutzes des Kindergartenareals wird unterstützt.

Stadtpräsidentin Regula Gysin orientiert, der Kindergarten musste während zwei Tagen geschlossen bleiben und der Schaden beläuft sich auf rund 15'000 Franken.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, die von ihr gestellte Frage für die „Fragestunde“ betreffend des Kindergarten-Einbruchs wurde bereits beantwortet und wird somit zurückgezogen. Es ist wichtig, dass Prävention gemacht wird, indem beispielsweise die Kantonspolizei in den Kindergarten geschickt und Präsenz markieren würde.

John Brunner (SVP) teilt betreffend des Kindergarteneinbruchs mit, dass man auf dem besten Weg ist, den Fall abschliessen zu können. Betreffend der Ermittlung der Täterschaft konnten dank einer guten Zusammenarbeit zwischen der Kantons- und Stadtpolizei Fortschritte gemacht werden. Er könne jedoch wegen Gefährdung der laufenden Ermittlungen keine weiteren Auskünfte erteilen.

Franz Kaufmann (SP) glaubt, mit der Installation von Videoüberwachungsanlagen und Scheinwerfern wird es beim Kindergarten Schwieri ruhiger werden, jedoch dürfte es dann an einem anderen Ort brennen. Als jüngstes Beispiel sei der letzte Sonntagmorgen im Zusammenhang mit dem Uni-Fest erwähnt. Die ganze Rathausstrasse war verwüstet mit zerstörten Plakaten, Hinweisschildern usw. und konnte nur mit einem Sondereinsatz der Betriebe wieder einigermaßen hergestellt werden. Allgemein muss eine gewisse Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit betreffend Vandalenakten festgestellt werden. Verstärkt müssten deshalb wohl andere Ideen auf einer breiteren Basis zu Gunsten einer Prävention entwickelt werden.

Beat Gränicher (SVP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und meint, die Vandalenakte während dem Uni-Fest im Stedtli hätten vermieden werden können. Er selbst hatte für die Überwachung des Festplatzes beim Gestadeckareal mit Hundeführern verantwortlich gezeichnet. Dank dieser Präventionsmassnahmen wurden dort keinerlei Sachbeschädigungen festgestellt.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, dass bereits heute sehr viel Präventionsarbeit geleistet wird. Seien dies Kontrollen durch die Stadtpolizei oder auch Repression zusammen mit der Kantonspolizei usw. Die Orte des Geschehens verändern sich immer wieder, was aber nicht heissen soll, dass diese nicht kontrolliert werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.*

**156 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. Dringliches Postulat von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend „Fussgängerverkehr auf der Gartenstrasse“ (Nr. 2010/110)**

Das dringliche Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Michael Bischof  
FDP Liestal*

*Liestal, 12.4.2010*

***Dringliches Postulat  
zum Fussgängerverkehr auf der Gartenstrasse***

*Zur Zeit werden an der Gartenstrasse die Lärmschutzwände der SBB erstellt. Zwischen der Lärmschutzwand (in Form von Steinkörben) mit einer Höhe von 1m bis 1,5m und der Leitplanke wird ein Mergel-Streifen aufgefüllt.*

*Nach Auskunft des Projektleiters wurde mit dem Kanton und der Stadt Liestal vereinbart, diesen Mergel-Streifen mit Buschgruppen (ca. alle 50m) zu bepflanzen.*

*Grundsätzlich ist die Gartenstrasse trotz Tempo 30 gefährlicher geworden, weil der Verkehr im Zusammenhang mit dem RAF und dem allgemeinen Parkplatz-Suchverkehr ziemlich zugenommen hat. Insbesondere Kindergarten-Schüler sind gefährdet. Auch die Kurve bei der Schwieri-Barriere ist für Fussgänger und Autofahrer unübersichtlich und nicht klar geregelt.*

*Mit einem unkomplizierten Fussweg auf dem obgenannten Mergel-Streifen könnten die Gefahren entlang der Gartenstrasse für Kindergarten-Schüler und andere Fussgänger massiv verringert werden.*

*Durch geeignete Massnahmen muss auch der Verkehr in der Schwieri-Kurve besser geführt/getrennt werden (Hinweistafel, Boden-Markierung etc.)*

*Ich bitte den Stadtrat zu prüfen, ob die Fussgänger-Sicherheit an der Gartenstrasse und an der Schwieri-Kurve durch geeignete Massnahmen im Sinn der oben beschriebenen Punkte erhöht werden kann.*

*Michael Bischof*

\* \* \* \* \*

Auf Anfrage von Ratspräsidenten Adrian Mächler halten die Stadratsmitglieder Marion Schafroth und Ruedi Riesen fest, dass die stadträtliche Zuständigkeit für den dringlichen Vorstoss innerhalb des Stadtrates nicht geklärt ist.

Michael Bischof (FDP) hat den leichten Verdacht, dass sein Vorstoss im Stadtrat auf keinen fruchtbaren Boden stossen wird, ist von diesem doch die Zuständigkeit noch gar nicht geregelt worden. Er bittet die Stadratsmitglieder, untereinander die Zuständigkeitsfrage noch abzusprechen.

Der Fussgängerverkehr auf der Gartenstrasse ist eindeutig gestiegen, nachdem die Schwieri-Barriere vor ein paar Jahren geschlossen wurde. Vor über zehn Jahren hatte er im Einwohnerrat bereits die Idee für das Erstellen einer Holzbrücke zu Gunsten der Fussgänger eingebracht. Aktuell wird im Zusammenhang mit dem Erstellen der Lärmschutzwände durch die SBB ein Mergelstreifen zwischen den Lärmschutzwänden und den Leitplanken erstellt, welcher noch mit Büschen bepflanzt werden soll. Dieser Streifen könnte aber sinnvollerweise den Fussgängern zur Verfügung gestellt werden, ohne dass daraus Mehrkosten erwachsen würden. Diese Massnahmen könnten ohne grossen finanziellen und personellen Aufwand kurzfristig umgesetzt werden.

Stadträtin Marion Schafroth berichtet, der Stadtrat sei gewillt, das Postulat zu übernehmen und wird dann auch die stadträtliche Zuständigkeit noch regeln. Aus bereits geführten Gesprächen weiss sie, dass der Stadtrat aktuell eher eine ablehnende Haltung einnimmt, da der im Postulat erwähnte Streifen eine Schutzfunktion zu Gunsten einer besseren Sicherheit hat. Mit der Bepflanzung des Mergelweges soll vermieden werden, dass beispielsweise Kinder auf die angrenzenden Steinkörbe hinaufkraxeln. Für die Planung des erwähnten Bauwerks zeichnen die SBB verantwortlich.

Walter Leimgruber (SP) ist ebenfalls aufgefallen, dass es etwas komisch aussieht. Die Idee des Postulanten findet er sehr gut. Sicher können auch die Sicherheitsfragen noch geklärt und zufriedenstellend gelöst werden. Seine Fraktion spricht sich für die Überweisung des Postulates aus.

Michael Bischof (FDP) nimmt Bezug auf die Stellungnahme von Stadträtin Marion Schafroth und entgegnet, dass der erwähnte Streifen nicht aus Sicherheitsaspekten entstanden sei. Dieser Streifen ist aus der Idee von 55 Einsprechenden entstanden, welche sich erfolgreich dafür eingesetzt hatten, dass die Steinkörbe nicht entlang der Strasse, sondern im angrenzenden Hang eingebaut werden. Die Steinkörbe sollen eine Höhe von 1 Meter bis 1,5 Meter haben, damit sie die Funktion eines Geländers erfüllen. Das Hinaufklettern auf ein Gelände ist nicht weniger gefährlich als das Hinaufkraxeln auf die Steinkörbe. Die Leitplanken müssen belassen werden, da diese eine Schutzfunktion bei Unfällen mit Fahrzeugen für die Steinkörbe haben.

Paul Pfaff (SVP) führt aus, auch als Geländerbauer könne er den Vorstoss sowie die Ausführungen von Michael Bischof unterstützen und bestätigen. Kinder können überall raufklettern, seien dies Steinkörbe oder Geländer. Auch die Eltern von Kleinkindern stehen in der Pflicht, damit diese nicht überall rauf steigen.

Beat Gränicher (SVP) meint, die Kinder werden so oder so auf der Strasse und nicht auf dem Mergelstreifen laufen. Auch die Folgen bei einem allfälligen Wegschneiden von Geländern und/oder Leitplanken müssten genau geprüft und gut überlegt werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.

**157 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**4. Ersatzwahlen Ratsbüro und Bau- und Planungskommission (Nr. 2010/104)**

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass die Vorlage Nr. 2010/104 den Einwohnerratsmitgliedern an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde. Nach erfolgter Umfrage kann er als Ratspräsident feststellen, dass aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Abstimmung wünscht und über die beiden Wahlvorschläge offen abgestimmt werden kann. Ebenfalls kann er feststellen, dass zur Vorlage und den Wahlvorschlägen keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der FDP-Fraktion wird Thomas Eugster anstelle von Hans Brodbeck als Ersatzmitglied in das Büro des Einwohnerrates und als ordentliches Mitglied in die Bau- und Planungskommission (BPK) gewählt.

**158 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Postulat von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend  
„Altstadtliegenschaften sanieren: Information, Beratung, Sensibilisierung und Begleitung der Liegenschaftsbesitzer“ (Nr. 2010/89)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Ernst Burkhardt  
namens der SP*

*Postulat*

***Altstadtliegenschaften sanieren:  
Information, Beratung, Sensibilisierung und Begleitung der Liegenschaftsbesitzer***

*Viele Liegenschaften der Altstadt weisen eine alte, sanierungsbedürftige Bausubstanz auf, eine umfassende Sanierung ist fällig. Die oberen Geschosse sind teils schlecht oder gar nicht vermietet. Die fehlenden Einkünfte aus der Vermietung belasten die Mietzinsen des Erdgeschosses, die oft zu hoch ausfallen für die eingemieteten Gewerbetreibenden.*

*Ein Blick auf die verschneite Dachlandschaft Liestals zeigt auch, dass bei einer ganzen Reihe von Altsstadthäusern, die Ziegel von unten beheizt werden, das heisst, dass viel Heizenergie übers Dach verloren geht. Ein zweiter Blick auf die Fenster zeigt, dass eine Vielzahl der Häuser über keine Isolierglasfenster verfügen. Wenn in den nächsten Jahren keine Investitionen getätigt werden, vermindert sich die Wohnqualität weiter. Es droht ein langsamer Zerfall einzelner Liegenschaften.*

*Noch nie wurden vom Bund und Kanton bessere Förderungsbedingungen bei Sanierungen (Energie-) bereitgestellt. Mit Energiesanierungen können Liegenschaftsbesitzer auch beträchtlich Steuern einsparen.*

*Noch nie waren die Hypothekarzinsen tiefer als heute. Alles beste Bedingungen, eine Modernisierung und Sanierung an die Hand zu nehmen.*

*Die Altstadt mit ihren verschiedensten Funktionen gehört nicht nur den Liegenschaftsbesitzern. Die Liegenschaftsbesitzer sind nicht nur sich selbst gegenüber verantwortlich. Sie tragen auch Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den Benutzern der Altstadt, den Mietern der Läden und Altstadtwohnungen und den Stedtlkunden, gegenüber den Einwohnern, die sich mit Liestal und der Altstadt identifizieren. Eine Aufwertung der Altstadt als Wohnquartier mit hoher Wohnqualität bedeutet ein wichtiger Schritt in der Stadtentwicklung.*

*Informieren, sensibilisieren, beraten, begleiten.....*

*Wir bitten den Stadtrat, Vorschläge auszuarbeiten, wie er die Liegenschaftsbesitzer informieren, sensibilisieren, beraten und bei der Sanierung ihrer Liegenschaften begleiten könnte. Z.B. könnten 1000 Franken der Gebäudeanalyse oder der Beratungskosten durch einen Fachmann von der Stadt finanziert werden.*

*Wir bitten den Stadtrat, dem Einwohnerrat zu berichten.*

*Liestal, 21. Januar 2010*

*Ernst Burkhardt*

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach erfolgten Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zum Postulat Stellung. Die Belebung der Altstadt und insbesondere auch die Bewohnung der Altstadtliegenschaften ist ein grosses Anliegen des Stadtrates. Der Einwohnerrat wurde bereits an einer der letzten Sitzungen über das stadträtliche Vorhaben im Zusammenhang mit der Altstadtnutzung in Kenntnis gesetzt. Die Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Analyse werden nach Vorliegen derselben auch noch dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht. Gemäss Teilzonenreglement Zentrum hat der Stadtrat die Möglichkeit, Beiträge an kulturell wichtige Bausubstanzen zu leisten. Mögliche Beitragsleistungen werden im Rahmen des Baugesuchsverfahrens von der Stadtbaukommission geprüft. Der Stadtrat kann sich vorstellen, dass künftige Beratungen über die Stadtbaukommission und Energiekommission möglich sein sollten. Vom Stadtbauamt wird zudem geprüft, inwieweit energetische Sanierungsmassnahmen bei Altstadtliegenschaften möglich sind und inwieweit diese im Teilzonenreglement Zentrum verankert werden könnten. Im Zusammenhang mit dem vom Kanton initiierten Energiepaket-Projekt werden auch in Liestal Informationsveranstaltungen durchgeführt und Support-Dienstleistungen für Interessierte angeboten. Strukturell sind auch seitens der Stadt Beratungen durch die beratenden Kommissionen möglich. Die Stadt selbst wird keine grösseren finanziellen Beiträge zur Verfügung stellen können, doch mit Beiträgen aus dem Energieprojekt-Paket des Kantons könnten aber vielleicht doch noch finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sicher können auch beim Bund Subventionsbeiträge eingeholt werden. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Informationsveranstaltung des Kantons wird die Stadt aktiv werden sowie die Bevölkerung einladen und informieren.

Ernst Burkhardt (SP) dankt als Postulant dem Stadtrat für seine Offenheit für die Problematik, die bereits aufgegleiste Analyse sowie seiner Absichten zur Problemlösung. Das in Burgdorf beheimatete „Netzwerk Altstadt“ bietet Beratungen und Lösungsvorschläge zum Strukturwandel in den Innenstädten an. Die Struktur der Altstadt müsste definiert und Fragestellungen betreffend Strukturwandel, Veränderungen der Vergangenheit und Zukunft, Detailhandel-Entwicklung, Fördern von Wohnen in Altstadt, Fördermittel-Beschaffung usw. thematisiert werden. In weiteren Schritten könnte die Förderung des Wohnens in der Altstadt mit anschliessender Beurteilung jeder einzelnen Altstadtliegenschaft geprüft werden. Wichtig ist natürlich, dass man beispielsweise bei den Befragungen auch den Zugang zu den Liegenschaftsbesitzern findet. In diesem Zusammenhang sollten die Eigentümer auch auf die Fördermittel von Bund und Kanton hingewiesen werden.

Pascal Porchet (FDP) meint, es werden nun schon inhaltliche Diskussionen geführt, doch ginge es vorerst nur um die Überweisung des Postulates. Die stadträtliche Strategie soll weiter verfolgt werden. Seine Fraktion ist aber gegen die Überweisung dieses „Arbeitsbeschaffungs-Postulates für das Stadtbauamt“. So wird der Stadtrat vom Postulanten ersucht, Vorschläge betreffend der Information, Sensibilisierung und Begleitung der Liegenschaftsbesitzer auszuarbeiten. Die Liegenschaftsbesitzer erhalten aber beispielsweise mit der Hauseigentümer-Zeitung genügend Informationen zum Thema Liegenschaftssanierungen. So wurde in einer Sonderbeilage „Energie Schweiz“ der März-Ausgabe auch auf die Förderbeiträge hingewiesen und Kontaktadressen angegeben. An einer Informationsveranstaltung des Hauseigentümerversandes zum Thema „Gebäudesanierungen – Hilfestellung durch den Subventionsdschungel“ wurde den Interessierten Wissenswertes vermittelt und auch über die kantonalen Kontaktstellen informiert. Zum Thema Energiesanierungen gibt es zahlreiche Homepages im Internet. Das Stadtbauamt soll aber davor geschützt werden, dass nun Hauseigentümer bei diesem vorsprechen und um Hilfe ersuchen, ohne dass diese ihre Pflicht als Liegenschaftseigentümer in Eigenverantwortung wahrnehmen. Die Idee des Postulanten ist gut, doch ist der Weg über das Stadtbauamt falsch. Das vom Stadtrat vorgeschlagene Vorgehen betreffend weiterer Abklärungen durch die Fachhochschule soll deshalb weiterverfolgt werden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, alle Ratsmitglieder sprechen sich für Verbesserungsmaßnahmen aus, doch ist vom Stadtrat noch nicht gesagt worden, ob dieser das Postulat übernehmen wolle oder nicht.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, dass auch er dem Stadtbauamt keine zusätzlichen Arbeiten zuschuffeln möchte. Die Stadt soll höchstens die Initialzündung machen. Ein Support des Stadtbauamtes wäre möglich, indem man Interessierten die verantwortlichen Kontaktstellen angeben würde. So wurden in der Vergangenheit auch zahlreiche Solardächer im Rahmen des Projektes „100jetzt“ in Liestal ohne ein Zutun der Stadt realisiert. Der Stadtrat ist auch bereit, den Gedanken des Postulanten weiter zu tragen, zumal Liestal auch das Energiestadt-Label besitzt. Weitere Informationsveranstaltungen werden ideell unterstützt und mitgetragen, obschon dafür keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Dem Einwohnerrat könne er aber nun nicht sagen, ob dieser das Postulat nun überweisen soll oder nicht.

Adrian Mächler (FDP) führt aus, dass der Stadtrat normalerweise seine Meinung dazu äussert, ob er das Postulat übernehmen möchte.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, der Stadtrat erkläre sich bereit, das Postulat zu übernehmen.

Ernst Burkhardt (SP) nimmt Bezug auf das Votum von Pascal Porchet und erklärt, er habe trotz verschiedener Isolations- und Sanierungsarbeiten bei seiner Liegenschaft gemäss GEAK-Gutachten die Information erhalten, dass die Liegenschaft schlecht isoliert sei. Verschiedene Eigentümer in Liestal sollten theoretisch auch über das nötige Wissen verfügen, doch interessiert es sie nicht, sie besitzen keinen Computer um auf die erwähnten Homepages Zugriff haben zu können usw. Mit einer Initialzündung durch die Stadt könnte einiges in Gang gebracht werden.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) berichtet, der Kanton macht sehr viel und biete Unterstützung in vielfältiger Art und Weise an. Eine Berichterstattung mit näheren Infos in einem nächsten „Liestal aktuell“ würde sicher Sinn machen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 10 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2010/89 nicht an den Stadtrat überwiesen.

**159 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**6. Antwort Stadtrat zur Interpellation von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend „Abgeltungen an die Bürgergemeinde“ (Nr. 2010/95)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Interpellation  
Namens der SP Fraktion*

**Abgeltungen an die Bürgergemeinde**

*Im Vorfeld der Einwohnerratsdebatte zur Umzonung für das Projekt „Deponie Höli“ wurden von der Bürgergemeinde Informationsveranstaltungen durchgeführt. Ein gewichtiges Argument für die Zustimmung des Einwohnerrates zum Projekt war die Aussage, dass mit den Einnahmen aus der Deponie die Bürgergemeinde finanziell unabhängiger von der Einwohnergemeinde würde. Explizit wurde erwähnt, dass die Abgeltung für den Unterhalt der Waldwege nicht eingefordert werden müsse. Mit der Zusage zur Umzonung und zum Betrieb der Deponie entstünde eine sogenannte „Win-Win“ Situation.*

*Mit den vielen personellen Wechseln im Einwohnerrat und im Bürgerrat sind die damaligen Aussagen wohl in Vergessenheit geraten. Es zeigt sich ein weiteres Mal, dass das Gedächtnis des Rates kurz ist. Die damaligen Versprechen stehen im Widerspruch zur heutigen Realität.*

*Wie im EP 10-14 vorausgesagt und im Budget 2010 vollzogen, wurde der Betrag für die Abgeltung der Waldwege im Konto 330.362.02 auf TCHF 100 (bisher TCHF 20) aufgestockt.*

*Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass für die Baurechtsareale Gitterli eine Zinserhöhung von 30 % in Aussicht gestellt wird (S.55 EP 10-14).*

*In der Vereinbarung zwischen Bürgergemeinde und Einwohnergemeinde vom 06./07.12.2005 ist unter § 5 Absatz 2 folgendes festgehalten:*

*Im Rahmen der Verrechnung von Aufwendungen, welche mit dieser Vereinbarung nicht wettgeschlagen sind, sowie bei neuen Vertragsabschlüssen bzw. Anpassungen bestehender Verträge sichern sich beide Gemeinwesen faire Angebote bzw. Meistbegünstigung zu.*

*Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Bürgergemeinde immer neue Forderungen an die Einwohnergemeinde heranträgt. Störend dabei ist auch der Umstand, dass der Einwohnerrat keinerlei Einfluss auf die diesbezüglichen Entscheide ausüben kann. Im Übrigen sind die Beiträge der Stadt an die Bürgergemeinde mit ein Grund für den hohen Steuersatz (wie vom Finanzchef schon mehrfach erwähnt). Müssig zu erwähnen, dass die meisten Bürger auch Einwohner und Steuerzahler sind.*

- 1. Sind die eingangs erwähnten Zusagen betreffend Waldwege dem Stadtrat bekannt?*
- 2. Können die Baurechtsforderungen der Bürgergemeinde im Sinn der erwähnten Vereinbarung als „fair“ bezeichnet werden?*
- 3. Ist der SR gewillt, den Einwohnerrat in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen, obwohl in besagter Vereinbarung festgehalten wurde, dass „die Aufgaben auf operativer Ebene gelöst werden sollen“?*

Liestal, 25. Januar 2010

Franz Kaufmann

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt zur Interpellation Stellung und orientiert, mit der Bürgergemeinde werden interessante Diskussionen und Verhandlungen geführt. Ob die Baurechtsforderungen der Bürgergemeinde fair oder unfair sind, könne er nicht beurteilen. Tendenziell wurden die drei verschiedenen Geschäfte Deponie Höli, Waldwegentschädigungen und Baurechtszinsen immer wieder vermischt. Schon im Entwicklungsplan 2010-2014 wurde vom Stadtrat deklariert, dass diese Geschäfte getrennt werden sollen. Bisher wurde gemäss § 29 und § 30 des Waldgesetzes eine Entschädigung von 20'000 Franken entrichtet und es dürfte unbestritten sein, dass diese Entschädigung nicht angemessen ist, weshalb im Entwicklungsplan die neue Entschädigung von 100'000 Franken eingestellt ist. Gemeinsam mit der Bürgergemeinde wurde ein Spezialist damit beauftragt, eine Bewertung der Baurechtsparzellen vorzunehmen. Nach dem früheren Bericht der Firma Futuro AG hatte auch die zweite Analyse zum gleichen Ergebnis geführt, so dass nach weiteren Diskussionen die Verhandlungen mit der Bürgergemeinde immer noch offen sind. Für die Baurechtsverträge muss es eine nachvollziehbare Basis geben und es bleibt die Hoffnung, dass es diesbezüglich bald zu einem Abschluss kommt. Die einwohnerrätliche Spezialkommission GEB hatte die letzten Baurechtsverträge zusammen mit der Bürgergemeinde ausgehandelt. In den gültigen Verträgen ist auch erwähnt, dass die Baurechtsverträge nach Ablauf von fünf Jahren neu auszuhandeln sind. Entgegen früherer Meinungen und Absichten muss nun aber der Stadtrat mit dem Bürgerrat die neuen Verträge auszuhandeln. Diese werden dann erst später vom Einwohnerrat an die GEB-Kommission zur Vorberatung überwiesen. Betreffend der Verknüpfung der beiden Geschäfte Deponie Höli und Baurechtsverträge ist der Stadtrat der Meinung, dass diese nicht vermischt werden dürfen. Nach der stadträtlichen Beschlussfassung werden die neuen Baurechtsverträge dem Einwohnerrat umgehend zur Genehmigung unterbreitet.

Franz Kaufmann (SP) sagt, er sei mit den Antworten zu seiner Interpellation nicht zufrieden und wünsche die Diskussion. Von Stadtrat Peter Rohrbach ist festgehalten worden, dass die Geschäfte getrennt behandelt werden sollen. Im Jahre 2007 hatte der Einwohnerrat die Zonenplanänderung betreffend der Deponie Höli beschlossen. Demnächst werden rund 40 Lastwagen täglich den Schutt in die Deponie anliefern. Die SP-Fraktion und die Grünen hatten dieser Zonenplanänderung trotz grössten ökologischen Bedenken auch zugestimmt. Aus dem Bericht der BPK vom 22. Januar 2007 wird der vierte Absatz zitiert: *Zur positiven Bewertung des Projektes haben durchaus auch finanzielle Aspekte beigetragen. In den Informationsveranstaltungen wurde von den Vertretern der Bürgergemeinde betont, dass auch die Einwohnergemeinde zu den Nutzniessern einer neuen Deponie gehört. Tatsächlich muss die Einwohnergemeinde ein grosses Interesse an einer finanziell gesicherten Bürgergemeinde haben. Mit den Einkünften aus der Deponie Höli wird nämlich die Abgeltung für die Waldbenützung allenfalls hinfällig.* Mit dem Wort „allenfalls“ im letzten Satz hatte man sprachlich eine Nottüre offen gelassen, doch mit diesem Versprechen hatte man schlussendlich die Umzonung der Deponie Höli im Einwohnerrat erwirkt. Dem Entwicklungsplan kann man entnehmen, dass die Waldwegentschädigung auf neu 100'000 Franken aufgestockt wird. Im Amtsbericht 2009 wird vom Stadtrat festgehalten, dass die Bürgergemeinde eine massive Erhöhung der Baurechtszinsen anstrebe. Diese Erhöhung wird mit der Kompensation der Waldweg-Entschädigung begründet. Es stellt sich nun die Frage, ob es sich bei den gemachten Formulierungen betreffend den Versprechen um einen sprachlichen Unfall handelt oder eben nicht. Er selbst habe diese Aussagen ernst genommen und macht darauf aufmerksam, dass diese doch ein schlechtes Licht auf die laufenden Verhandlungen werfe. Man kann heute wohl die Waldwegentschädigungen und Baurechtszinsen anheben, doch wer weiss von den heute Anwesenden in zehn Jahren noch, weshalb die Entschädigungen so massiv angepasst wurden? Die Entschädigungen an die Bürgergemeinde laufen vermutlich weiterhin so, wie sie heute aufgelegt werden, ungeachtet von möglichen Einkünften aus der Deponie Höli. Er beharre auf der vorgängig zitierten Aussage im BPK-Bericht und ebenfalls darauf, dass die Baurechtszinsen neu nicht 30 % über dem Marktpreis liegen dürfen. Und sollten auf

Gesuch der Bürgergemeinde von der Einwohnergemeinde zusätzliche finanzielle Beiträge geleistet werden, so müssten diese auch auf einem separaten Konto „Zuwendungen an die Bürgergemeinde“ ausgewiesen werden. Damit wäre auch ersichtlich, wie viel die Selbständigkeit der Bürgergemeinde kostet. Zusätzliche finanzielle Entschädigungen müssten auch mit Leistungsverträgen verknüpft werden, in welchen beispielsweise formuliert wird, welche zusätzlichen Leistungen von der Bürgergemeinde für eine höhere Waldentschädigung durch die Einwohnergemeinde zu erbringen sind. Er hoffe nun, dass er mit seinem Votum sein laufendes Einbürgerungsgesuch nicht über den Haufen geworfen habe. Aber es sollte nun betreffend der weiteren Vereinbarungen zwischen der Einwohner- und Bürgergemeinde endlich ein sauberer Tisch gemacht und Klarheit geschaffen werden.

Erika Eichenberger (GL) kann das Votum ihres Vorredners unterstützen. Auch ihre Fraktion sei im Jahre 2007 davon ausgegangen, dass mit der Änderung der Zonenvorschriften im Zusammenhang mit der Deponie Höli die Entschädigungen an den Wald sowie die Waldwege kompensiert werden. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass eine Quersubventionierung des Waldes mit überhöhten Baurechtszinsen nicht im Interesse der Öffentlichkeit sein kann. Auf der Homepage der Bürgergemeinde Liestal kann man lesen, dass die Bürgergemeinde eine moderne öffentlich-rechtliche Unternehmung sein will, welche ihren Grundbesitz und ihr Vermögen aktiv bewirtschaftet, um damit der Bevölkerung und lokalen Volkswirtschaft einen Nutzen bringen zu können. Die Stadt und die Steuerzahler von Liestal zahlen jährlich mehrere Steuerprozent für die Baurechtszinsforderungen der Bürgergemeinde. Auch ihr ist es wichtig, dass im Zusammenhang mit den anstehenden Vertragswerken zwischen der Bürger- und Einwohnergemeinde die vom Interpellanten monierte Transparenz geschaffen wird.

Hansrudolf Schafroth (SVP) erklärt, alle halten sich gerne im Wald auf, welcher vorzüglich von der Bürgergemeinde gepflegt werde. Auch ist die Bürgergemeinde dafür verantwortlich, dass sich alle sicher auf den Waldwegen bewegen können. Die stadträtliche Stellungnahme war klar und richtig. Störend findet er den Ton des Interpellanten. Kann es vielleicht sein, dass er als Fasnächtler gerne etwas übertreibe? Dank den jährlichen Beiträgen von 20'000 Franken für die Waldwegentschädigung konnten verschiedene Projekte durch die Bürgergemeinde realisiert werden. Gemäss Waldentwicklungsplan WEP, welcher in den Jahren 2013/2014 in Kraft treten wird, werden gemäss Waldgesetz die Waldentschädigungen basierend auf den Einwohnerzahlen, der Länge der zu unterhaltenden Waldwege sowie weiteren Faktoren neu festgelegt. Vorsorglich hat deshalb der Stadtrat im Entwicklungsplan die neuen Beiträge von 100'000 Franken pro Jahr vorgesehen. Im Wissen um die finanzielle Situation der Einwohnergemeinde ist in den letzten 20 Jahren nur das Allernotwendigste betreffend der Waldwegunterhaltsarbeiten gemacht worden, weshalb sich ein Vakuum von rund 2,5 Mio. Franken an anstehenden Unterhaltsarbeiten gebildet hat. Betreffend den künftigen WEP-Beiträgen wird auch der Einwohnerrat kein Mitspracherecht haben, da diese von Gesetzes wegen festgelegt werden. Die Baurechtsverträge sind von 1995 bis 2007 geregelt worden. Die Baurechtszinsen sind nicht 30 % höher, sondern liegen rund 23'000 Franken unter den früheren Baurechtszinseinnahmen. Die Missstimmung im Rat betreffend der Baurechtszinsen dürfte vor rund zwei Jahren aufgekommen sein, als der Fiko-Präsident im Zusammenhang mit der Präsentation der Rechnung darauf hingewiesen hatte, dass die Bürgergemeinde betreffend den Baurechtszinsen in die Pflicht genommen werden solle, da diese ständig höhere Baurechtszinsen in Rechnung stelle. Diese Aussage kann so nicht stehen gelassen werden, da dem Fiko-Präsidenten wohl die nötigen Informationen gefehlt hatten. Die Gesamtsumme der Baurechtszinsen ist nämlich nicht grösser, sondern kleiner geworden. Bei verschiedenen bewerteten Baurechtsgrundstücken wurde von der Stadt eine Nullbewertung vorgenommen, wie beispielsweise beim Grundstück, auf welchem die Beachsoccher-Anlage entsteht und der einen un bebauten Gitterli-Baurechtsparzelle. Hingegen hatte man bei der Baurechtsparzelle der Sport- und Volksbad Gitterli eine Baurechtszinsanpassung als Kompensation zu den vorerwähnten Grundstücken vorgenommen. Die stadtinterne Verteilung und Verrechnung der Baurechtszinsen auf die genutzten Grundstücke der Bürgergemeinde ist nicht Sache der Baurechtsgeberin. Seit dem Jahr 2007 sind die Baurechtszinseinnahmen rund 27'000 Franken tiefer als früher. Dem Interpellanten möchte er sagen,

dass sich seine Frau Susanne Kaufmann jederzeit an einer Bürgergemeindeversammlung die entsprechenden Informationen hätte besorgen können. Die neuen Verhandlungen sollen nun abgewartet werden. Auch er sei dafür, dass die verschiedenen Geschäfte nicht vermischt werden und eine Transparenz geschaffen wird. Konkrete Fragen an die Bürgergemeinde würden sicher auch mit klaren Antworten beantwortet.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) erklärt, es dürfte allen bewusst sein, dass es beiden Gemeinwesen gut gehen soll. Er gehe auch davon aus, dass dem Stadtrat bekannt ist, wie gut die finanzielle Situation der Bürgergemeinde ist. Dem Votum von Einwohner- und Bürgerrat Hansrudolf Schafroth konnte auch entnommen werden, dass die Bürgergemeinde ebenfalls an einer Trennung der verschiedenen Geschäfte sowie an einer Transparenz interessiert sei. Stossend ist vor allem eine Erhöhung der Baurechtszinsen auf den öffentlichen Plätzen, denn auch eine Bürgergemeinde hat die Aufgabe und den Auftrag, sich für das Wohlergehen der Einwohnerschaft und speziell auch der Sporttreibenden sowie Kinder einzusetzen. Deshalb sollte der Bürgerrat auch sehen, dass die öffentlichen Anlagen im Gitterliareal für die Einwohnergemeinde ein riesiges Verlustgeschäft sind. Insofern müsste bei der Behandlung der neuen Baurechtsverträge in Betracht gezogen werden, dass die Hypothekarzinsen innerhalb der letzten Jahre massiv gesunken sind.

Franz Kaufmann (SP) betont, dass dem Einwohnerrat von der Bürgergemeinde Liestal gemäss BPK-Bericht Nr. 2006/105a in Aussicht gestellt wurde, dass die Abgeltung der Waldwegenschädigung hinfällig würde, sobald die Deponie Höli realisiert werden kann. Stimmt denn diese Aussage nicht überein mit derjenigen der Bürgergemeinde?

Hansrudolf Schafroth (SVP) erklärt, dass es sich bei der zitierten Stelle um die Meinung und Aussage der BPK handle. Von der Bürgergemeinde wurden diesbezüglich keine Aussagen gemacht.

Heinz Lerf (FDP) gibt bekannt, dass auch seine Fraktion daran interessiert sei, dass die unsägliche Vermischung aller Bürgergemeinde-Geschäfte nun ein Ende haben soll. Die Fiko wird vom Stadtrat seit längerer Zeit darüber informiert, dass die Baurechtsvertragsverhandlungen mit der Bürgergemeinde in Gange sind. Das Ergebnis der neuesten Verhandlungen sollte doch nun zuallererst abgewartet werden.

Daniel Spinnler (FDP) weist darauf hin, dass auch er als Fiko-Mitglied immer gut über das Geschäft informiert wurde. So auch über die Schwankungen betreffend der höheren und auch tieferen Baurechtszinsbelastungen. Gesamthaft sollten die Baurechtszinsbelastungen künftig geringer sein als früher. Die Bewertung der Baurechtsparzellen sowie Verhandlungsergebnisse sollen abgewartet werden. Betreffend der künftigen Zahlungen gemäss Waldgesetz kann auch der Einwohnerrat nichts ändern.

Pascal Porchet (FDP) bemerkt, dass es bei der Beratung und Beschlussfassung des BPK-Berichtes Nr. 2006/105a ein schlagendes Argument gewesen war, dass die Deponie Höli der Bürgergemeinde finanziell so weit helfen würde, dass diese Quersubventionierungen bei all ihren Tätigkeiten wie Wald, Baurecht usw. vornehmen kann. Und gerade aus diesem wesentlichen Grund hatte er damals der Deponie Höli zugestimmt. Seit der damaligen BPK-Beratung ist ihm auch der Begriff „Anheimfall“ im Zusammenhang mit Baurechtsverträgen bekannt beziehungsweise bewusst geworden. Denn wenn beispielsweise die Bäder AG oder die Bürgergemeinde hops gingen, würden deren Liegenschaften an die Einwohnergemeinde übergehen. Mit den anstehenden Geschäften muss deshalb sorgfältig umgegangen werden. Die Deponie Höli hat ihre Vor- und Nachteile, doch ein wichtiger Vorteil dürfte sein, dass die Quersubventionierungen stattfinden sowie die Baurechtszinsen möglichst tief gehalten werden können.

Stadtrat Peter Rohrbach äussert, die heutigen technischen Diskussionen seien recht schwierig. Die Hypothekarzinsen sind ein wesentlicher Parameter für die Baurechtszinsen. Dies ist nur eine der Regeln, welche gemäss Experten-Berichten in den Baurechtsverträgen definiert und angewendet wurden. Alle wollen saubere Regeln, eine Transparenz, eine klare Trennung der Geschäfte und keine Willkür. Die Bürgergemeinde erbringt Dienstleistungen, die einen gewissen Wert haben, welche zu bezahlen sind. Dabei spiele die finanzielle Situation der Bürgergemeinde keine Rolle. Auch er sei froh über den Hinweis im BPK-Bericht betreffend der Deponie Höli, doch muss man aufpassen, wie man die damaligen Aussagen im heutigen Zeitpunkt interpretiere. Der Stadtrat schafft nur nach Regeln, welche er aber selbst nicht aufstelle. Andere Aussagen wären unfaire Äusserungen. Der Stadtrat nimmt die Bürgergemeinde auch nicht als unfair wahr, da auch diese nur ihre Positionen verteidige. Sollte keine Einigung möglich sein, müsste gegebenenfalls auch die Option Gerichtsentscheid in Betracht gezogen werden.

Philipp Senn (SP) unterstreicht, dass ihm als damaliges BPK-Mitglied ebenfalls glaubhaft gemacht wurde, dass die Errichtung der Deponie Höli zu einer Entspannung der finanziellen Situation der Bürgergemeindefinanzen beitragen würde. Völlig einverstanden ist er mit der gemachten Aussage, dass alle einen Nutzen vom Wald und den Waldwegen haben. Dann könnte aber auch von der Einwohnergemeinde argumentiert werden, dass diese auch von der Deponie Höli und daraus resultierenden Einkünften einen Nutzen haben sollte. Denn die Allgemeinheit muss auch Beeinträchtigungen wie beispielsweise die visuelle Belastung sowie Verkehrsmehrbelastung wegen der Deponiezufahrten in Kauf nehmen.

Stadtrat Peter Rohrbach führt aus, die Deponie Höli wird von einer Aktiengesellschaft betrieben und somit ist auch die Stadt mit Steuereinnahmen an deren Erfolg beteiligt.

Hansrudolf Schafroth (SVP) fügt hinzu, dass die Bürgergemeinde Liestal diverse Wohlfahrtsleistungen zu Gunsten von Liestal erbringe. So werden diverse Einrichtungen erstellt und unterhalten, liegen gelassener Abfall entsorgt etc. Betreffend der Deponie Höli sei noch festgehalten, dass die Deponiezufahrt über den Arisdorf-Tunnel und nicht über die kommunalen Quartiere passieren wird. Mit den langfristigen zusätzlichen Einnahmen aus der Deponiebetrieb können sicher auch weitere Einrichtungen der Bürgergemeinde zu Gunsten der Liestaler-Bevölkerung in Aussicht gestellt werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Für die engagierten Voten wird gedankt, hatten diese doch auch zu einer gewissen Aufklärung beigetragen.

*Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.*

**160 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Antwort Stadtrat zur Interpellation von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend „Standortförderung“ (Nr. 2010/96)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Interpellation  
Namens der SP Fraktion*

**Standortförderung**

*In letzter Zeit wurde im Einwohnerrat öfters über Standortförderung gesprochen. Dies allerdings in den allermeisten Fällen ganz stark fokussiert auf die Liestaler Innenstadt.*

*Dieser Vorstoss möchte den Anreiz geben, die Optik etwas zu erweitern.*

*Dank der Pharmabranche ist in Basel eine eindruckliche Entwicklung im Gang. Bis ins Jahr 2020 sollen in der (trinationalen) Region 40'000 neue Arbeitsplätze entstehen, der Wohn- und Geschäftshausbau läuft zurzeit auf Hochtouren. Der Boom wird der Region einen Zuwachs von 80'000 Menschen bringen. (Zahlen aus Sonntagszeitung 22.11.09).*

*Ende 09 hat Basel mit grossen Plakaten für das Wohnen in der Stadt geworben („wer in Basel wohnt, hat mehr davon“).*

*Die ausgezeichneten ÖV-Anbindung an die Stadt Basel, die guten Schulen, die Sportvereine, das kulturelle Angebot und die historische Altstadt zeichnen Liestal aus als einen attraktiven Wohnort. Unsere Stadt müsste eigentlich von den regionalen Megatrends profitieren können.*

*Tatsächlich stellen wir aber fest, dass grosse Areale (z.T. mit bewilligten Quartierplänen) seit langem nicht genutzt werden (Chedite, Konrad Peter Areal oder auch Rebgarten). Erinnern wir uns auch an die Planung „Eurocity“ mit den vier Wohntürmen.*

- 1. Wie kann sich Liestal in diesen übergeordneten Trends positionieren?*
- 2. Was unternimmt der SR, um Liestal (über die Stadtmauern hinaus) bekannt zu machen? Bei Investoren? Bei interessierten potentiellen Neuzuzügern?*
- 3. Kann sich der SR vorstellen, mit einer grossangelegten Werbestrategie die Vorzüge von Liestal bekannt zu machen?*
- 4. Und ganz konkret: Wie ist der Planungsstand bei den oben erwähnten Arealen?*

*Besten Dank für die Stellungnahme.*

*Liestal, 25. Januar 2010*

*Franz Kaufmann*

\* \* \* \* \*

Stadtpräsidentin Regula Gysin beantwortet die Fragen des Interpellanten wie folgt:

Frage 1: Der Stadtrat erarbeitet im Jahr 2010 mit Unterstützung des Büros „Ecos“ eine breit abgestützte Studie unter dem Titel „Liestal mit Zukunft“. Darin wird auch die Stadtentwicklung ein zentrales Thema sein. Nach einer ersten stadtratsinternen Beratung wird dann mit verschiedenen Ansprechpartnern die Diskussion geführt.

Frage 2: Im Moment sind keine spezifischen Aktionen im Gang beziehungsweise geplant. Derartige Werbeanstrengungen müssen mit klaren Botschaften verknüpft sein, um auf die wichtigsten Fragen betreffend der Standortentwicklung Antworten geben zu können. Die heutigen finanziellen und personellen Ressourcen erlauben es nicht, in diesem Aufgabenfeld aktiv werden zu können. Interessierte Neuzuzüger werden direkt an die Wirtschaftsförderungsstelle verwiesen.

Frage 3: Der Stadtrat kann sich vorstellen, gestützt auf die Studienergebnisse in einem weiteren Schritt Werbemassnahmen zu fördern. Dafür müssten vom Einwohnerrat noch die finanziellen nötigen Mittel gesprochen werden. Solche Werbeoffensiven sollten in einem Gesamtkonzept eingebettet sein und regional verknüpft werden, um Synergien nutzen und finanziellen Mittel optimal einsetzen zu können. Angedacht ist, dass mit dem Verkehrs- und Verschönerungsverein Liestal und Tourismus Baselland gemeinsam eine Seminarmappe kreiert wird, welche Informationen über die örtliche Hotellerie sowie kulturelle Angebote und weitere Vorzüge Liestals enthält. Die letzte Frage wird von Stadratsmitglied Ruedi Riesen beantwortet.

Stadtrat Ruedi Riesen beantwortet die 4. Frage der Interpellation betreffend des Planungsstands der verschiedenen Areale: Betreffend des QP Cheditte hat man auch nach Anfrage des Stadtbauamtes leider nichts mehr gehört. Der Masterplan betreffend des Konrad Peter-Areals sollte dem Einwohnerrat im Mai oder Juni dieses Jahres präsentiert werden können. Vom Stadtrat sind betreffend des QP Rebgarten Strukturbeiträge an die öffentlichen Parkplätze beschlossen worden und das Baugesuch sollte demnächst eingereicht werden. Betreffend Eurocity ist der Startschuss für den QP 1 gegeben worden und betreffend des QP 2 findet nächste Woche ein weiteres Gespräch mit dem Kanton statt. Betreffend des QP 3 bedarf es noch weiterer Verhandlungen zwischen dem Kanton und den SBB. Beim QP Ziegelhof soll ein namhafter Teil der Überbauung für Wohnbauten genutzt werden. Der Investor ist bekannt und das Projekt wird doch recht schnell vorangetrieben. Auch beim QP Florhof sollte demnächst die kantonale Bewilligung vorliegen, doch wird die Projektumsetzung erst nach Realisierung der Manor-Neubaute in Angriff genommen.

Franz Kaufmann (SP) ist als Interpellant mit den stadträtlichen Antworten zu seinen Fragen zufrieden und wünscht keine Diskussion.

*Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.*

**161 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**8. Postulat (vormals Motion) von Paul Pfaff namens der SVP-Fraktion betreffend „Umsetzung Fahrverbot Rathausstrasse“ (Nr. 2010/100)**

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

*Paul Pfaff  
Namens der SVP*

Motion

**Umsetzung Fahrverbot Rathausstrasse**

*Der Stadtrat hat im September 2004 beschlossen die Rathausstrasse mit einem Fahrverbot für Motorwagen, Motorräder und Motorfahrräder zu belegen. Zubringerdienst ist Montags bis Freitags in der Zeit von 05.00 bis 12.00 Uhr und Samstags von 05.00 bis 09.00 Uhr gestattet.*

*Leider werden diese Zeiten nicht wirklich eingehalten.*

*Der Fussgänger wird folglich gezwungen, zwischen Reklametafeln und Fahrzeugen seinen Weg zu bahnen. Dies obwohl er sich in einer so genannten Begegnungszone aufhält.*

*Der Stadtrat wird beauftragt den Beschluss, die Rathausstrasse ausserhalb der bewilligten Zeiten verkehrsfrei zu halten, durch die Stadtpolizei strikte umsetzen zu lassen.*

*Für die SVP Fraktion*

*Paul Pfaff*

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) hält fest, dass der Vorstoss anfangs der heutigen Sitzung von Ratsmitglied Paul Pfaff von einer Motion in ein Postulat umgewandelt wurde.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen.

Paul Pfaff (SVP) meint, es sei nach wie vor Erklärungsbedarf dafür vorhanden, weshalb sein Vorstoss als Postulat akzeptiert werde beziehungsweise weshalb dieser nicht motionsfähig sein soll. Die Umwandlung der Motion in ein Postulat sei für ihn kein Problem gewesen. Viel wichtiger ist ihm aber, dass das Geschäft raschmöglichst umgesetzt wird. Denn es kann nicht sein, dass während der Sperrzeiten Leute im Stedtli herumfahren, welche von der Polizei nicht in die Pflicht genommen werden. In der Rathausstrasse werden parkierte Autos festgestellt, die dort überhaupt nichts zu suchen haben. Vielleicht hat auch die Stadtpolizei im Stadtrat auch die fehlende Unterstützung, um solch fehlbare Automobilisten bestrafen zu dürfen. Für ganz Liestal ist es wichtig, dass der Autoverkehr im Stedtli unterbunden wird. Die morgendlichen Anlieferzeiten sind klar definiert und sollten diese ausnahmsweise nicht eingehalten werden können, so müsste halt von der Stadtpolizei eine Spezialbewilligung eingeholt werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) zitiert die Bestimmungen gemäss § 42 Abs. 2 des Einwohnerrats-Geschäftsreglementes betreffend einer „Motion“. Keine der drei Varianten trifft im vorliegenden Fall zu, womit der Stadtrat mit der Erarbeitung einer Vorlage beauftragt werden könnte. Mit einer Motion erhält der Stadtrat einen klaren Auftrag, mit einem Postulat wird er hingegen dazu eingeladen, entsprechende Massnahmen zu prüfen und gegebenenfalls zu veranlassen.

Michael Bischof (FDP) erklärt, die Fahrverbotsregelungen müssen unbedingt eingehalten werden, wie dies mit dem Vorstoss verlangt wird. Und auch die Parkierverbots-Regelung müsste noch ergänzend im Postulat von Paul Pfaff integriert werden, da auch diese ein Bestandteil des Strassenverkehrsgesetzes sind. Seine Fraktion wird die Überweisung des Vorstosses unterstützen. Der Titel des Postulates könnte sinnvollerweise auf „Umsetzung der Strassenverkehrsvorschriften in der Rathausstrasse“ geändert werden.

Erika Eichenberger (GL) erklärt, ihre Fraktion wird den Vorstoss selbstverständlich unterstützen und hat dazu auch nichts mehr beizufügen.

Hanspeter Stoll (SP) findet den Vorstoss ebenfalls sehr gut, und meint, dieser könnte gar aus seiner Fraktion stammen. Betreffend der Motionswürdigkeit habe seine Fraktion die Auskunft erhalten, dass man diesbezüglich aus juristischer Sicht etwas grosszügiger umgehen könnte. Es wäre vielleicht noch wichtig zu wissen, ob der Vorstoss nicht doch als Motion hätte entgegengenommen werden müssen. Seine Fraktion wird die Überweisung des Postulates unterstützen.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) orientiert, auch ihre Fraktion unterstütze den Vorstoss und die Überweisung desselben an den Stadtrat.

Paul Pfaff (SVP) teilt mit, dass es ihm ein Anliegen war, dass sich der Rat nicht unnötig damit beschäftigen muss, ob sein Vorstoss nun eine Motion oder ein Postulat sei, weshalb er der Motionsumwandlung in ein Postulat auch zugestimmt hatte. Er dankt für die gute Aufnahme in allen Fraktionen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) bemerkt, das Büro werde unter seinem Vorsitz keine weiteren Abklärungen mehr betreffend der Motionswürdigkeit des Vorstosses treffen, da die zitierten reglementarischen Bestimmungen doch recht klar sind. Die vorgeschlagenen Postulatsänderungen sind nur im Einverständnis mit dem Postulanten Paul Pfaff möglich.

Paul Pfaff (SVP) stimmt den vorgeschlagenen Postulatsänderungen zu:

- Titel neu: „Umsetzung der vorhandenen Strassenverkehrsvorschriften“
- Letzter Satz: „Der Stadtrat wird eingeladen, die Umsetzung der vorhandenen Strassenverkehrsvorschriften in der Rathausstrasse umzusetzen.“

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat „Umsetzung der vorhandenen Strassenverkehrsvorschriften in der Rathausstrasse“ mit den inhaltlichen Anpassungen des Vorstosses gemäss Antrag des Postulanten an den Stadtrat überwiesen.

**162 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**9. Antwort Stadtrat zur Interpellation von Peter Furrer namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „Rodungsaktion an Ergolz und Frenke“ (Nr. 2010/101)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Peter Furrer  
CVP/EVP/GLP-Fraktion*

*Interpellation zur Rodungsaktion an Ergolz und Frenke*

---

*Im Februar führte der Kanton an der Ergolz und an der Frenke eine umfangreiche Baumfällaktion durch. Während der dreitägigen Sperrung der H2 wurde der Uferstreifen auf der Strassenseite nahezu kahl geschlagen und die gegenüber liegende Seite unverhältnismässig ausgeholzt.*

*Diesbezüglich bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:*

- 1. Wann wurde die Stadt durch den Kanton über die Fällaktion informiert?*
- 2. Warum wurde die Liestaler Natur- und Landschaftskommission nicht rechtzeitig über diese Fällaktion informiert?*
- 3. Hat die Stadt diese Fällaktion begleitet? Wenn ja, durch wen?*
- 4. Wie beurteilt die Stadt diesen massiven Eingriff und den Schaden für die Natur?*
- 5. Wie will die Stadt künftig die Zusammenarbeit mit ihren Fachkommissionen sicherstellen?*
- 6. Wie gedenkt der Stadtrat künftig den Einwohnerrat und die Einwohnerschaft vor solchen gravierenden Landschaftsveränderungen zu informieren?*

*Liestal, 15. März 2010*

*Peter Furrer  
CVP/EVP/GLP-Fraktion*

\* \* \* \* \*

Stadträtin Marion Schafroth beantwortet die Fragen des Interpellanten wie folgt:

Frage 1: Der Stadtrat ist im Zusammenhang mit den nötigen Strassensperrungen ein paar Tage zuvor informiert worden. Über die Fällaktion selbst wurde der Stadtrat nicht informiert.

Frage 2: Die Fällarbeiten hatten Arbeiten im hoheitlichen Aufgabenbereich des Kantons auf dem Gebiet des Kantons betroffen. Deshalb musste die Natur- und Landschaftskommission von Liestal auch nicht zwingend über die Fällaktion informiert werden.

Frage 3: Nein, die Stadt hatte die Fällaktion des Kantons nicht begleitet.

Frage 4: Die Stadt war selbst auch überrascht ob des Ausmasses der Fällaktion. Betreffend der erwähnten Schäden an der Natur ist doch festzuhalten, dass zwischen Pflege- und Sicherheitsarbeiten zu unterscheiden ist. Ob es sich um einen massiven Eingriff handelt, möchte sie nicht werten, doch war die Fällaktion optisch gesehen sicher ein massiver Eingriff.

Frage 5: Sie persönlich sehe nicht ein, inwieweit die stadträtliche beratende Kommission bei weiteren solchen Aktionen mitwirken könnte, da für diese schlussendlich der Kanton verantwortlich zu zeichnen habe.

Frage 6: Vermittelnd und sensibilisierend wird sie mit dem Kanton noch Kontakt aufnehmen, damit diesbezügliche Informationen früher an alle interessierten Kreise gestreut werden können. Ferner wird sie beim Kanton anregen, dass solche Massnahmen in Etappen mit mehreren Schritten vorgenommen würden, womit Kahlschlag-Aktionen alle zwanzig Jahre vermieden werden können.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) ist als Interpellant mit den Antworten teilweise zufrieden und wünscht die Diskussion. Gewisse Antworten des Stadtrates zu seinen Fragen könne er nicht beurteilen. So weiss er aber vom Präsidenten der Natur- und Landschaftskommission, dass die Stadt vorzeitig über die Fällaktion informiert worden war. Ferner ist ihm auch bekannt, dass auch die beauftragten Firmen vom Kanton keine konkreten Aufträge betreffend den auszuführenden Rodungsarbeiten erhalten hatten. Es ist deshalb begrüssenswert, dass der Stadtrat diesbezüglich beim Kanton vorstellig werden wird, damit mit solchen Lebensräumen inskünftig sorgfältiger umgegangen wird.

Franz Kaufmann (SP) zeigt sich erstaunt ob der stadträtlichen Aussage. Gemäss Auskunft eines Mitarbeiters des Kantons sind die Betriebe der Stadt Liestal bereits im November 2009 über die geplante Ausholzaktion entlang der Ergolz informiert worden. Die Kommunikation innerhalb der Stadt müsste sicher verbessert werden. Sehr wohl hätte auch die Natur- und Landschaftskommission von Liestal mit dem Fachwissen ihrer Mitglieder einen Beitrag leisten und betreffend solch geplanter Eingriffe auch reagieren können. Entgegen der vorgängigen Aussage aus dem Stadtrat ist Herr Reto Sauter der Natur- und Landschaftskommission auch tätig gewesen, weshalb nach dessen Intervenieren auch einige Bäume nicht wie geplant gefällt wurden. Stedtliseitig wurde das Ufer durchforstet und rund ein Drittel der Bäume stehen gelassen. Hingegen ist auf der Schleifenbergseite radikal geholt und nichts stehen geblieben. Solche Fällaktionen stehen im Widerspruch zum Uferschutz gemäss Richtplan 95, in welchem von Naturkorridoren die Rede ist. Ein Intervenieren des Stadtrates beim Kanton betreffend eines sensibleren Vorgehens bei solch ähnlichen Eingriffen ist deshalb nötig.

Erika Eichenberger (GL) befürwortet ebenfalls, dass der Stadtrat diesbezüglich auf den Kanton zugehe. Auch die Ortsplanung beinhaltet Naturkorridore und wichtige grüne Inseln, welche es zu erhalten gilt. Davon sollte sicher auch der Kanton wissen und diesem Umstand die gebührende Beachtung schenken. Auch sollte der Stadtrat auf das Knowhow seiner Natur- und Landschaftskommission zurückgreifen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass die Fällaktionen des Kantons auch in der Fragestunde der Landratssitzung vom 25. März 2010 thematisiert wurden. Die Antworten können im Protokoll der betreffenden Landratssitzung nachgelesen werden. Bei der Rodungsaktion entlang der Ergolz ging es in erster Linie um eine Sicherheitsholzerei.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) ergänzt, auch bei der Zollschule ist radikal geholt worden. Damit ist der Sichtschutz auf die H2-Strasse weggefallen und somit müssen die direktbetroffenen Anwohner auch zusätzliche Lärmimmissionen in Kauf nehmen.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert darüber, dass die Rodungsaktion einige Zeit vor der Fällaktion durch den Kanton auch in der Natur- und Landschaftsschutzkommission ein Thema gewesen war. Die Kommission hatte sich vehement gegen die Vorschläge gewehrt und dezidierte Vorschläge gemacht. Kommissionspräsident Viktor Roth wurde daraufhin vom Kanton zugesichert, dass er nach dem Markieren der Bäume wieder kontaktiert werde, was aber schlussendlich nicht der Fall war. Er hatte Ratskollegin Marion Schafroth über diese Kommissionsarbeit nicht informiert, und hoffe doch, mit dieser Zusatzinformation dienen zu können. Am nächsten Montag-Morgen findet eine Besprechung einer Stadtratsdelegation mit

verschiedenen Kantonsvertretern und dem Vorsteher der Bau- und Umweltschutzdirektion Baselland statt, bei welcher die Rodungsaktionen entlang der Ergolz und der Frenke sicher auch noch thematisiert werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werde.

*Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.*

**163 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**10. Fragestunde**

1. Frage / Hanspeter Zumsteg (GL) betr. öffentlicher Stromverbrauch in Liestal

Wie gross sind der Stromverbrauch und die Stromkosten der gesamten Liegenschaften, der öffentlichen Beleuchtung und des Schwimmbades? Wann wird für Liestal die Erneuerung der Stromkonzession mit der EBL fällig.

Stadtrat Ruedi Riesen: In der kurzen Zeit konnten keine verlässlichen Zahlen aufbereitet werden. Der Stadtrat wird die Fragen im Zusammenhang mit dem Postulat „öffentliche Stromversorgung Liestal mit 100% erneuerbarer Energie“ (Nr. 2010/107) beantworten.

2. Frage / Jürg Holinger (GL) betr. Büschen und Hecken an der Rotackerstrasse

Im Zusammenhang mit dem Bau der Lärmschutzwände wurden an der Spitzackerstrasse und Gartenstrasse, vor allem beim schrägen Weg zur Widmannstrasse und an der Rotackerstrasse Gebüsche und vor allem Hecken entfernt. Ist vorgesehen, dass nach dem Bau der Wände wieder Büsche und Hecken gepflanzt werden?

Stadträtin Marion Schafroth: Es ist vorgesehen, dass diese Fläche wieder begrünt wird. Die Arbeiten werden von der SBB in Zusammenarbeit mit den Betrieben ausgeführt. Ob wieder genau dieselben Sträucher und Hecken gepflanzt werden, entziehe sich ihrer Kenntnis. Es wird aber wiederum eine Bepflanzung sein, in welcher die Fauna wiederum ihren Lebensraum finden wird.

3. Frage / Erika Eichenberger (GL) betr. Aktion für E-Bikes

Einige Gemeinden fördern bei ihren Einwohnern mit Erfolg den Kauf von E-Bikes mit Förderbeiträgen und/oder mit Grattissolarstrom. Haben der Stadtrat und die Energiekommission auch schon über das Durchführen einer entsprechenden Aktion nachgedacht? Wie steht der Stadtrat grundsätzlich einer solchen Aktion gegenüber?

Stadtrat Ruedi Riesen: Eine solche Aktion wurde auch schon in der Energiekommission besprochen. Man ist noch zu keinem Entschluss gekommen, da man dafür die finanziellen Mittel noch nicht finden konnte.

4. Frage / Pascal Porchet (FDP) betr. Schallschutzwänden an der Rotackerstrasse

Ist die Schallschutzwand an der Rotackerstrasse nicht höher als die gestellten Bauprofile? Wird dieselbe Schallschutzwand aus Glas oder aus Beton sein?

Stadtrat Ruedi Riesen: Auch das Stadtbauamt ist sich nicht ganz sicher, was ausgesteckt wurde. Gemäss Plänen sollte die Höhe 3 Meter ab der Strasse betragen. Es kann sein, dass nur die untere Hälfte mit den Betonwänden profiliert wurde und der obere Teil der Wände aus Glas von 1,5 Metern nicht.

5. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Sicherheit Schwieriareal

Von der Fragestellerin wird festgehalten, dass ihre Fragen bei der Behandlung der dringlichen Interpellation an der heutigen Sitzung bereits beantwortet wurden.

6. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Rosenstrasse

Die Rosenstrasse ist in einem enorm schlechten Zustand. Ich befahre sie jeden Morgen mit meinem Fahrrad. Die vorhandenen Löcher sind sehr gefährlich und ein Ausweichen fast unmöglich. Es ist dringend notwendig, die Löcher in der Strasse zu flicken. Sieht die Stadtverwaltung vor, diese Strasse zu reparieren und wenn ja zu welchem Zeitpunkt?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Stadtverwaltung sieht die Reparaturarbeiten vor. Die Löcher sind glücklicherweise aber so weit vom Strassenrand entfernt, dass man als Velofahrer dennoch durchfahren könne, ohne dass man in ein Loch fahren muss. Eine notfallmässige Sanierung drängt sich deshalb nicht auf. Die Finanzierung und Terminierung ist noch zu klären, doch dürften die Arbeiten noch diesen Sommer ausgeführt werden.

7. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Sandfussball-Platz

Der ehemalige Fussballtrainingsplatz hinter der Scaterboardbahn im Gitterliareal wird neu belebt. Tonnen von Sand werden zugeführt. Ich finde es toll, dass dieser Platz wieder zur Nutzung offen steht. Wem obliegt in Zukunft die Verantwortung und Nutzung dieses Platzes? Wie hoch sind die Kosten für die Erstellung dieses Sandfussballplatzes und wer bezahlt diese?

Stadträtin Marion Schafroth: Der Platz wird von der Stadt Liestal verwaltet und unterhalten. Genutzt wird dieser vorwiegend vom Beach-Soccer-Club Chargers Baselland genutzt. Dieser kann aber auch durch andere Vereine, Schulen usw. genutzt werden. Gemäss Kostenvoranschlag belaufen sich die Gesamtkosten auf 95'000 Franken. Die Stadt leistet daran einen finanziellen Beitrag von 30'000 Franken. Die restlichen Kosten werden vom Lotteriefonds sowie dem Beach-Soccer-Club Chargers Baselland übernommen.

8. Frage / Enrico Kiefer (FDP) betr. Effizienz der Lärmschutzwände bei Burgeinschnitt

Sind die Lärmschutzwände beim Burgeinschnitt nicht zu hoch? Man weiss, dass Lärmschutzwände möglichst nahe bei Emissionsquelle stehen sollten, damit ein besserer Schallschutz erwirkt werden kann. Das vorher begrünte Bahnbord dürfte einen wesentlichen Teil des Lärms geschluckt haben. Sind nach der Fertigstellung der Lärmschutzwände noch Messungen durch die SBB geplant, um die Wirksamkeit der neuen Wände zu prüfen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Messungen sind wegen Reklamationen auch bei der Poststrasse vorgesehen, bei welcher zwar nicht mehr Lärm, angeblich aber mehr Erschütterungen festgestellt werden. Subjektiv habe er auch das Gefühl, dass die Lärmschutzwände beim Burgeinschnitt wenig bewirken, doch sind die Bauarbeiten noch nicht abgeschlossen. Selbstverständlich werden von den SBB nach Abschluss der Bauarbeiten noch Nachmessungen in Liestal von der Grenze von Liestal bis zur Grenze von Frenkendorf gemacht. Betreffend der Lärmschutzwand-Gestaltung sind 61 Einsprachen eingegangen. Mit den SBB-Planern konnte man sich auf die Begrünung der Steinkörbe sowie Lärmschutzwände einigen.

9. Frage / Franz Kaufmann (SP) betr. Liegenschaft Erzenbergstrasse 51/52 (Rampareal)

An der Erzenbergstrasse auf dem Ramp-Areal sind Aushubmaschinen an der Arbeit. Welche Lösungen konnte man für die Bewohner der Liegenschaft Erzenbergstrasse 51/52 finden und wie geht es dort weiter?

Stadtrat Ruedi Riesen: Ein runder Tisch der Stadt mit dem Kanton, der Ärztesgesellschaft und dem Verein Abri hatte dazu geführt, dass für die Bewohner eine Liegenschaft im Bahnhofgebiet von Lausen gefunden werden konnte. Die Ärztehaus AG hatte daraufhin das Grundstück von der Stadt auch mit sämtlichen Verpflichtungen betreffend der Mietverhältnisse mit dem Verein Abri übernommen. Die Suche nach einer Lösung für den Verein Abri liegt deshalb nicht mehr in der Zuständigkeit der Stadt Liestal, sondern bei der Ärztehaus AG als neue Eigentümerin. Vom Kanton ist zwischenzeitlich auch die Baubewilligung erteilt worden und die Bauarbeiten sind in vollem Gange.

10. Frage / Hanspeter Soll (SP) betr. Lohnauszahlung an Schule für Papiersammlung

Die Sekundarschule Burg hatte sich im Jahr 2009 mit einigen Klassen bei der Papiersammlung beteiligt. Einzelne Klassen kommen in Kürze aus der Schule. Bis wann erhalten die Schulklassen ihren Lohn für die erbrachten Leistungen?

Stadträtin Marion Schafroth: Das Geld wird spätestens bis nächste Woche überwiesen. Üblicherweise werden die Zahlungen innerhalb von einem Monat ausgelöst. Die Verzögerungsgründe liegen darin, dass vorgängig noch Preisverhandlungen geführt werden mussten und auf dem Sekretariat ist das Geschäft aus diversen Gründen auch noch länger als üblich liegen geblieben. Für die Verzögerung entschuldigt man sich seitens der Betriebe.

11. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Veloabstellplätzen für Postkunden

Der Postplatz ist nahezu fertig gestellt, doch für die Postkunden gibt es noch keinen Veloabstellplatz. Bis wann wird ein solcher eingerichtet sein?

Stadtrat Ruedi Riesen: Der Deckbelag beim Postplatz und beim Wasserturmplatz wird im August/September 2010 gleichzeitig eingebaut. Mit dem Kanton ist man zwischenzeitlich auch übereingekommen, wie der Busverkehr über die Poststrasse neu funktionieren soll. Zur Frage: In Absprache mit der Post wurde kein Veloparkplatz für Postkunden eingerichtet. Das heisst, der Postkunde kann sein Velo für kurze Zeit im Eingangsbereich der Post abstellen. Für ein längeres Parkieren muss er das Velo in der Velostation abstellen.

12. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Medieninformationen für den Einwohnerrat

Früher erhielt der Einwohnerrat die Medieninformation aus dem Rathaus via E-Mail, in letzter Zeit konnte man einige Neuigkeiten nur noch aus der Presse erfahren. Wann kann der Einwohnerrat wieder mit einer direkten Information rechnen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Das Ausbleiben des Versands der Medieninformationen an die Ratsmitglieder unterblieb aufgrund eines verwaltungsinternen Übermittlungsfehlers. Dieser Fehler ist zwischenzeitlich behoben worden. Wir haben den Verteiler entsprechend angepasst, so dass ab sofort die Ratsmitglieder gleichzeitig mit dem Aussand der Medieninformationen bedient werden.

13. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Bewilligung für Info- und Werbewagen in Allee

Letzthin stand bei der Alleebrücke und dem Imbissstand ein Info-/Werbewagen, der den Fussgängerverkehr störte und behinderte. Warum dürfen solche hinderlichen Infostände neuerdings an diesem stark frequentierten Ort aufgestellt werden?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Allee wird teilweise als Ausweichplatz für Informationsstände benutzt, sofern die zwei festen Standplätze auf der Rathausstrasse vergeben sind. Beispielsweise wurde während des Unifestes vom letzten Samstag die Ausweichstelle für den Stand in der Allee bewilligt.

14. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Imbisswagen in der Rathausstrasse

Vor nicht allzu langer Zeit wurde der Einwohnerrat darüber informiert, dass der Imbisswagen in der Rathausstrasse demnächst verschwinden werde. Kürzlich wurde festgestellt, dass dieser auch über das Wochenende in der Rathausstrasse stehen blieb. Wie ist die Zukunft dieses Imbisswagens nun geregelt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Der Betreiber des Imbisswagens hat ganz klar die Auflage, dass er den Wagen über das Wochenende aus der Rathausstrasse rausnehmen muss. Da die personellen Ressourcen der Stadtpolizei eingeschränkt sind, wird die Kontrolle über das Wochenende von der Kantonspolizei übernommen. Vom geschilderten Vorkommnis hatte die Stadt keine Kenntnis. Betreffend der Bewilligung für den Imbissstand kann darüber informiert werden, dass frühere Amtsinhaber eine unbeschränkte Bewilligung erteilt hatten. Der Gerichtsentscheid wird in den kommenden Monaten erwartet.

15. Frage / Lorenz Rudin (FDP) betr. Markierungen bei Ampeln in der Kasernenstrasse

Seit ein paar Wochen befinden sich hinter den Ampeln auf den Trottoirs der Kasernenstrasse, Altmarktkreuzung und Altmarktstrasse gerillte weisse Markierungen von ca. 50 cm Breite. Allerdings wurden diese Markierungen nicht hinter allen Ampeln des erwähnten Strassenbereichs angebracht. Was ist genau Sinn und Zweck dieser Markierungen und werden diese hinter Ampeln weiterer Strassen angebracht?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Der Kanton ist daran, alle Ampeln umzurüsten und behindertengerecht zu machen. Dies bedeutet, dass die Markierung für Sehbehinderte und Blinde am Boden angebracht wurden.

16. Frage / Michael Bischof (FDP) betr. Kebab-Stand in Rathausstrasse

Gegen welche Vorschriften, Bestimmungen, Verfügungen und Reglemente verstösst der Kebab-Stand im Stedtli? Wenn Verstösse vorhanden sind, was tut der Stadtrat dagegen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Wie bereits vorgängig erwähnt wurde, hatte der Besitzer des Kebab-Standes in früherer Zeit von der Stadt eine unbefristete Benützungsbewilligung erhalten. Gegen die neueste Bewilligung mit einer Befristung ist Beschwerde erhoben worden. Das Verfahren ist noch hängig beim Regierungsrat.

17. Frage / Ernst Burkhardt (SP) betr. Einbruch und Vandalismus im Kindergarten Schwieri

Vom Fragesteller wird festgehalten, dass seine Frage bereits bei der Behandlung der dringlichen Interpellation in erwähnter Angelegenheit an der heutigen Sitzung bereits beantwortet wurde.

18. Frage / Ernst Burkhardt (SP) betr. Leck in der Wasserkasse, Wasserrechnungen

In Liestal gibt es mindestens eine ihm bekannte Familie, die seit 2006 keine Wasserrechnungen erhalten hat. Dies obwohl der Wasserverbrauch abgelesen wurde und die zuständigen Wasseruhrenableser mehrmals auf das Fehlen der Wasserrechnungen der letzten Jahre aufmerksam gemacht wurden. Wie gedenkt der Stadtrat solche Lecke zu beheben und in Zukunft zu vermeiden.

Stadträtin Marion Schafroth: Eine ausführliche Beantwortung dieser Frage würde den zeitlichen Rahmen der Fragestunde schlicht sprengen. Heute kann sie aber festhalten, dass die Probleme erkannt sind, die Quelle wurde gefunden und auch Massnahmen sind ergriffen worden. Mit der Ablesung 2009 und 2010 werden alle Daten erfasst. Es werden künftig alle wieder eine Wasserrechnung erhalten, dies teilweise auch rückwirkend für den Verbrauch der letzten Jahre. Sollten weitere Auskünfte im Rat gewünscht sein, so sollte nicht eine Interpellation eingereicht werden, sondern bilateral das Gespräch mit ihr gesucht werden.

19. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) betr. Bahnhof

Immer wieder höre ich von Personen, die sich auf dem Bahnhof unsicher fühlen. Die herumhängenden Jugendlichen verängstigen anscheinend vor allem die ältere Bevölkerung und das nicht nur nachts. Weiss der Stadtrat davon? Wird er entsprechend informiert durch die Bahnhofpaten?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Es wurde ein runder Tisch mit dem Kanton unter der Leitung von Regierungsrätin Sabine Pegoraro eingerichtet. Bei diesen Treffen sind auch die Streetworker, die Bahnhofpaten und Mitarbeitende der SBB vertreten. Bei Bedrohungen und weiteren Vorkommnissen ist die verantwortliche Kantonspolizei zu kontaktieren.

20. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) betr. Spiel- und Fussballplätzen

Auf allen Spielplätzen wurden letztes Jahr neue Sicherheitsmassnahmen beschlossen. Die Kinder können aus diesem Grund auf unserem grösseren Spielplatz im Fraumattquartier nicht mehr Fussball spielen. Beim Schulhaus, wo es noch eine Möglichkeit gibt, ist der Platz oft gesperrt. Wo können die vielen Kindern in Zukunft im Fraumattquartier noch Fussball spielen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Es ist ihm nicht bewusst, dass auf all den markierten Plätzen nicht Fussball gespielt werden dürfe. Auf den Plätzen im Fraumatt, Rotacker, Mühlematt und Gitterli stehen Plätze zum Fussballspielen zur Verfügung. Über die Wintermonate mussten diese wegen der Witterungsverhältnisse teilweise gesperrt werden, damit der Zustand des Rasens keine weiteren Beeinträchtigungen erfährt. Auf den jeweiligen Schulanlagen und Plätzen stehen Tafeln, auf welchen ersichtlich ist, ob und wann diese benützt werden dürfen. Im Fraumattquartier mussten die Öffnungszeiten angepasst werden.

Zusatzfrage Elisabeth Augstburger: Ihr selbst ist auch aufgefallen, dass der Spielplatz im Fraumattquartier oftmals gesperrt ist und nicht benützt werden kann. Muss man sich mit der Schulleitung oder dem Abwart in Verbindung setzen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Nein, denn vom Stadtbauamt wurde viel Zeit betreffend der Benützungsdordnungen für die Schul- und Spielplätze investiert. Auch die Schulen haben sich an die Benützungsdzeiten zu halten, welche auf den Hinweistafeln publiziert sind.

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Adrian Mächler

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann